Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 16 — Donnerstag, den 6. Februar 1930 — 43. Jahrgang

Liquidationsabkommen mit Polen.

Seine Geschichte und Bedeutung.

Berlin, 5. Februar.

Nachdem die Verhandlungen mit Polen über die Sonderabmachungen im Zusammenhang mit dem Liquidationsabkommen abgeschlossen sind, sind die Abmachungen in Form eines Gesetzentwurfs dem Reichsrat zugegangen, dem die Reichsregierung eine eingehende Denkschrift über die Geschichte und Bedeutung der Abmachungen beigefügt hat.

An zuständiger Berliner Stelle wird Wert darauf gelegt, daß die Liquidationsverhandlungen mit Polen ähnlich wie die mit den Reparationsgläubigern auf das Kapitel 9 des Youngplans zurückgehen, das

die Liquidierung der Vergangenheit

betrifft. Die Reparationskommission habe im Londoner Abkommen Deutschland mit 132 Milliarden Mark belastet, worauf die Forderungen, die Deutschland an andere Staaten noch hatte, gutzuschreiben waren. Bei diesen Forderungen handelt es sich also um Posten bei der Reparationskommission zu Gunsten Deutschlands. Während nach dem Dawesplan Deutschland über die Dawesjahresraten hinaus nichts zu leisten hatte, bestimmte der Youngplan, daß die gegenüber den Dawesraten herabgesetzten Youngraten nun auch ohne irgendwelchen Abzug zu entrichten seien.

Der Zweck war, zu verhindern, daß Deutschland diesen Youngraten gegenüber Gegenforderungen zu stellen imstande war, die die Youngraten praktisch wieder verminderten.

Diese Bestimmung, die insbesondere im dritten Abschnitt des Kapitels 9 des Youngplans niedergelegt ist, ist allerdings eine einseitige Feststellung bzw. Empfehlung der Gläubigersachverständigen, während die deutschen Sachverständigen nicht die Möglichkeit hatten, zu diesem Punkt ihre Ansicht in den Youngplan einzufügen. Es gelang ihnen lediglich, die Bestimmung zu erreichen, daß die diesbezügliche Regelung gänzlich den Regierungen überlassen bleibt.

Während der ersten Haager Konferenz gelang es Deutschland, zu erreichen, daß ein Unterausschuß in Paris sich mit den Liquidationsfragen beschäftigen sollte. Es schien aber zweckmäßig, die Frage der polnischen Liquidationen, die in dem auch in Paris von seiten der Gläubigermächte Deutschland gestellten Ansinnen auf gänzlichen Verzicht in „Liquidierung der Vergangenheit" zweifellos besonders ins Auge gefaßt worden waren, in einem besonderen Verfahren abzutrennen.

Auf dieser Grundlage kamen die Liquidationsverhandlungen mit Polen zustande. Dabei knüpfte man an Versuche an, die jahrelang schon schwebten.

Es gelang darin, von Polen zu erreichen, daß es die politischen Liquidationen (Entdeutschungen) künftighin einstelle.

Polen hatte das Liquidationsverfahren im Jahre 1929 wieder beschleunigt betrieben. 10 000 Hektar waren weiterhin bereits mit sogenannten dritten Liquidationsbeschlüssen belastet. Es gelang dann, die Freigabe aller bis zum 17. September 1929 nicht liquidierten Grundstücke einschließlich der bereits mit Liquidationsbeschlüssen belasteten zu erreichen.

Die gegenseitigen Staatsforderungen — es handelt sich in der Hauptsache um die finanzielle Auseinandersetzung über Posen und Westpreußen — wurden aufgegeben.

An privaten Forderungen von Reichsdeutschen schwebten Verfahren um einen Gesamtwert von 538,7 Millionen Mark. Wenn das Schiedsgericht etwa die Hälfte dieser Ansprüche anerkannt hätte, wären dies 260 Millionen Mark gewesen. Polen seinerseits hatte eine zweifellos übersteigerte Forderung von 830 Millionen aufgemacht.

Auf diese gegenseitigen Forderungen wurde verzichtet.

Bezüglich des Wiederkaufsrechts hatten die Polen bereits in 450 Fällen von dem ihnen in Anspruch genommenen Recht der Rechtsnachfolge der ehemals preußischen Ansiedler-Kommission Gebrauch gemacht und deutsches Eigentum liquidiert.

Es gelang, die weitere Liquidierung von 50 000 Hektar und 12 000 Siedlerstellen mit 80 000 Menschen insofern zu verhindern, daß Polen im Erbfalle auf das Wiederkaufsrecht verzichtet. In den Nachverhandlungen ist auch geführt worden, daß auch Optantenlöhne für den Erbfall zugelassen werden, desgleichen wurde das Erbrecht von Minderjährigen gesichert.

Entschädigungsvorschläge der Reichsregierung.

Nach den mit Polen getroffenen Vereinbarungen steht nunmehr die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten der Reichsregierung zu. Sie hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der neue Entschädigungsvorschläge enthält.

Es soll durch ein Schiedsgericht der objektive Wert abgeschätzt werden. Das Reichswirtschaftsgericht gilt als Berufungs- und „Revisions"-Instanz. Reichsregierung, Reichsrat und ein Ausschuß des Reichstags sollen für das Entschädigungsverfahren genaue Richtlinien festsetzen.

Die fünf Younggesetz-Entwürfe.

Keine „Defensivstellung" der Regierung.

Berlin, 5. Februar.

Die sogenannten Younggesetze werden den Parlamenten in fünf Gesetzentwürfen vorgelegt, erstens der eigentliche Youngplan bzw. das Haager Abkommen, zweitens das neue Reichsbankgesetz, drittens das neue Reichsbahngesetz, viertens das deutsch-amerikanische Sonderabkommen, fünftens sämtliche Liquidationsabkommen einschließlich des deutsch-polnischen Abkommens. Das deutsch-polnische Abkommen wird also zusammen mit den übrigen Liquidationsabkommen „en varietur" dem Parlament vorgelegt und muß als ganzes angenommen oder abgelehnt werden.

Obwohl demnach die Abstimmung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom eigentlichen Youngplan getrennt vorgenommen wird, besteht trotzdem ein direkter sachlicher Zusammenhang zwischen allen fünf Gesetzen. In Kreisen der Reichsregierung erklärt man, daß die Regierung keineswegs gewillt sei, die Haager Abmachungen in einer Defensivstellung gegenüber dem Reichstag zu vertreten, da man der Ansicht sei, daß mit den vorliegenden Abmachungen das Höchstmaß dessen erreicht worden sei, was unter den gegebenen Verhältnissen erreicht werden konnte.

Im Stadium der Erwägungen . . .

Umsatzsteuererhöhung auf ein Prozent?

Berlin, 4. Februar.

Die Umsatzsteuer, die bisher ¾ Prozent beträgt, soll Pressemeldungen zufolge auf ein Prozent erhöht werden. Wie hierzu auf Anfrage vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, ist es richtig, daß die Frage der Umsatzsteuererhöhung bei dem Versuch, den Reichshaushalt auszugleichen, behandelt worden ist. Die Frage befinde sich jedoch vorläufig noch durchaus im Stadium der Erwägungen. Ob der Reichsfinanzminister eine derartige Erhöhung vorschlagen wird, ist somit vorläufig noch durchaus ungewiß. Im übrigen wird betont, daß die Frage des Ausgleichs im Reichshaushalt noch keineswegs abgeschlossen sei.

Da sich jedoch auf der Ausgabeseite kaum beträchtliche Ersparnisse hereinbringen ließen, sei es durchaus wahrscheinlich, daß Steuererhöhungen zur Herbeiführung eines Ausgleichs im Reichshaushalt notwendig werden würden. In welchem Umfange dies der Fall sei, sei jedoch noch durchaus ungewiß und hänge unter anderem von den Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ab. Die buchmäßigen Mindereinnahmen im Reichshaushalt werden bekanntlich auf 500 Millionen geschätzt.

Die Not der Grenzlande.

Eine Kundgebung für den schwer bedrohten Osten.

Berlin, 5. Februar.

Eine eindrucksvolle Unterstreichung der in der kürzlich den Reichs- und Staatsbehörden überreichten Denkschrift geschilderten Notlage des deutschen Ostens bildete der von den Landeshauptleuten der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien veranstaltete Presse-Empfang im „Rheingold".

Der Einladung der Landeshauptleute der gefährdeten Ostprovinzen hatten die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der Parlamente in großer Anzahl Folge geleistet; u. a. waren erschienen der preußische Innenminister Grzesinski, die Staatssekretäre Krüger, Schaefer und Gutbrod, Reichstagspräsident Löbe und Landtagspräsident Bartels. Ferner bemerkte man die Oberpräsidenten und Landeshauptleute sowie zahlreiche Landräte und Bürgermeister der gefährdeten Landesteile.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, von Winterfeldt-Menkin, daß es ein Gebot der Stunde, ein Gebot des deutschen Schicksals sei, dem deutschen Osten zu helfen, wenn er vor dem Untergang bewahrt werden sollte. Hierauf entrollte der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. Caspary, ein erschütterndes Bild von der Notlage der Ostmark und zeigte die Mittel und Wege auf, die zur Erhaltung des deutschen Ostens unbedingt erforderlich seien. Der Redner betonte, daß es die Pflicht der Landeshauptleute gewesen sei, in der Ostdenkschrift die Wahrheit auszusprechen,

daß die widernatürliche Grenzziehung die tiefste Ursache der Ostnot sei.

Der verlorene Krieg habe dem deutschen Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebietsteile, einst Deutschlands Kornkammern, seien aus dem Bestande des Reiches herausgerissen, und brutale Willkür habe Ostpreußen vom Mutterlande getrennt.

Die Folgen dieser Verluste an Gut und Blut hätten die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen so schwer erschüttert, daß heute alles darauf ankomme, die Gefahr einer Zertrümmerung des nationalen Besitzstandes im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren.

Alle Bevölkerungskreise in Stadt und Land seien sich darüber einig, daß die schwerste Not des Ostens mit einem Schlage enden würde, wenn das Unrecht der Grenzziehung im Osten wieder gutgemacht würde. Der Osten spreche die Erwartung aus, daß die Reichsregierung, die preußische Staatsregierung, die Abgeordneten des Reiches und Preußens, darüber hinaus die gesamte deutsche Oeffentlichkeit zu der gemeinsamen Ueberzeugung und dem gemeinsamen Willen kommen, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Erholung der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleiste.

Reichsregierung und Reichsbank.

Die Begründung zum Aenderungsgesetz.

Berlin, 5. Februar.

Im Hinblick auf die Entschließungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die Begründung der Reichsregierung beachtenswert, in der Stellung genommen wird zur Ernennung des Reichsbankpräsidenten und des Generalrates.

In dieser Begründung heißt es u. a.: Die Neufassung war erforderlich einmal infolge des im Neuen Plan vorgesehenen Wegfalls der ausländischen Mitglieder des Generalrats sowie, um der Reichsregierung die ihr im allgemeinen Reichsinteresse zukommende Einflußnahme bei der Bestellung der Leitung der Bank ausreichender als bisher sicherzustellen.

Hierbei war an dem bisherigen Grundsatz der Unabhängigkeit der Leitung der Bank festgehalten,

zumal nach Wegfall der Schutzbestimmungen des Dawesplanes die wichtigste Garantie für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in der Reichsbankleitung selbst liegt.

Die Wahl des Präsidenten

durch den Generalrat war daher beizubehalten, wobei dem Reichsbankdirektorium entsprechend seiner kollegialen Verfassung das Recht, vorher gehört zu werden, neu zugestanden worden ist. Ebenso erfolgt auch weiterhin die Ernennung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums nach Zustimmung des Generalrats durch den Präsidenten.

Bei voller Wahrung des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Reichsbank erschien es jedoch angebracht, das bisherige beschränkte Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten bei der Ernennung des Reichsbankpräsidenten in ein echtes Bestätigungsrecht umzuwandeln. Ebenso ist die Bestellung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums fortan von der Bestätigung durch den Reichspräsidenten abhängig gemacht worden. Auf denselben Erwägungen beruht der Zusatz, wonach die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten bedarf.

Während die schon bisher für eine Zuwahl oder Ergänzung des Reichsbankdirektoriums durch Wahl eines neuen Kandidaten erforderliche Zustimmung des Reichsbankdirektoriums auf Grund eines einfachen Mehrheitsbeschlusses erteilt oder versagt werden konnte, soll jetzt die Zustimmung nur dann als versagt gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder gegen den zu Wählenden gestimmt haben. Diese Abweichung von der für die Beschlußfassung des Reichsbankdirektoriums allgemein geltenden Abstimmungsmethode erscheint angesichts des Umstandes vertretbar, daß vorher bereits zwei andere Stellen innerhalb der Reichsbank (Generalrat und Präsident) sich über die Wahl geeinigt haben müssen und daß überdies die endgültige Entscheidung in der Hand des Reichspräsidenten ruht.

Die neue Bestimmung, wonach eine Fühlungnahme des Vorsitzenden des Generalrats oder seines Stellvertreters mit der Reichsregierung über die vom Generalrat für die Wahl in Aussicht genommenen Mitglieder vorgesehen ist, bezweckt, der Reichsregierung die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Aeußerung etwaiger Wünsche über die Stellenbesetzung zu geben.

Abkommen über die Räumungsamnestie.

Neue Verhandlungen vor der Gesamträumung.

Berlin, 5. Februar.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30 wird dem Reichstag noch das Abkommen über die Räumungsamnestie zugehen. In diesem Abkommen wird bestimmt, daß die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die durch die belgische und französische Regierung den Deutschen zugestandene Amnestie völlige Straffreiheit wegen aller Handlungen gewährt, die im Zusammenhang mit der Besetzung aus politischen Gründen begangen worden sind, und zwar dadurch, daß die Täter die Verordnungen der Rheinlandkommission oder die Befehle der Militärbehörden nicht befolgt, den Besatzungsbehörden Dienste geleistet oder Beziehungen zu ihnen unterhalten haben.

Ausgenommen werden von der Anwendung dieser Bestimmung solche Handlungen, die ein Verbrechen mit Todeserfolg darstellen. Die deutsche Regierung wird verhindern, daß rechtswidrige Vergeltungsmaßnahmen wegen der bezeichneten Handlungen ergriffen werden.

Mit Rücksicht auf diese von der deutschen Regierung durchzuführende Amnestie gewähren die französische und belgische Regierung allen deutschen Staatsangehörigen völlige Straffreiheit für alle Straftaten, die in dem besetzten Gebiet seit dem Beginn der Besetzung bis zum 20. Januar 1930 begangen worden sind mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechts.

Die deutschen Staatsangehörigen, die in Gefängnissen des besetzten Gebietes in Haft waren, und von den Mili-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300206-18/fragment/page=0001

tärgerichten verfolgt werden oder verurteilt worden sind, sind den deutschen Behörden übergeben worden, wenn die Tat in der ersten oder zweiten Zone begangen worden ist.

In einem Zeichnungsprotokoll ist festgelegt worden, daß die Behandlung der mit der Besatzung zusammenhängenden Straffälle, die durch das vorliegende Amnestieabkommen nicht erfaßt worden sind, vor Abschluß der Gesamträumung im Wege der Verständigung geregelt werden soll. Es ist weiter vereinbart worden, daß die Bestimmungen sich nicht auf die zur Zeit wegen Spionage im Gefängnis befindlichen Personen beziehen, und zwar im Hinblick auf die im Gang befindlichen Verhandlungen über Einzelgnadenerweise.

Die Diktatur der Saarregierung.

Der Landesrat ist nur Attrappe.

✠ **Saarbrücken**, 5. Februar.

Die Regierungskommission veröffentlicht im soeben erschienenen Amtsblatt die beschlossenen Steuersätze, die rückwirkend vom Steuerjahr 1929 in Kraft treten. Die Regierungskommission hat diese Steuervorlage Anfang Dezember dem Landesrat zur Begutachtung vorgelegt und die Volksvertretung durch den Hinweis, daß sie die Gesetze noch im Dezember zu verkünden gedenke, zur schnellen Durchpeitschung der Entwürfe veranlaßt.

Wie aus dem im Amtsblatt veröffentlichten Text hervorgeht, hat die Saarregierung doch erst am 29. Januar Zeit zur Durchsicht der Gutachten gefunden, und im wesentlichen bleiben die Einwendungen des Landesrates, wie immer, unberücksichtigt.

Schobers Romreise.

Ein großer Erfolg des Bundeskanzlers.

× **Wien**, 5. Februar.

Der österreichische Bundeskanzler ist in Rom eingetroffen und hat noch am selben Tage Mussolini aufgesucht. Der Empfang, der Schober zuteil wurde, und die Feierlichkeiten, die anläßlich seines Aufenthalts in der italienischen Hauptstadt begangen werden, stempeln diese Reise zu einem Staatsbesuch von besonderer Bedeutung, und das Ziel einer Liquidierung aller noch zwischen Italien und Oesterreich bestehenden Streitfragen und Unklarheiten rechtfertigt ja auch einen solchen Aufwand.

Die Verleihung des Annunziatenordens macht den österreichischen Bundeskanzler zum „Vetter" des Königs und Mussolinis, und er ist in Wien ja in der glücklichen Lage, von dieser Auszeichnung sichtbaren Gebrauch zu machen. Aber das ist nur eine Aeußerlichkeit. Der Kern ist die Befestigung der Erfolge, die Schober aus dem Haag mit nach Hause gebracht hat und die seine Position in Oesterreich und damit seinen Einfluß auch auf die inneren Verhältnisse so sehr gestärkt haben.

Vor dem Frieden auf dem Balkan.

Abschluß eines bulgarisch-südslawischen Grenzabkommens.

Sofia, 5. Februar.

Die gemischte bulgarisch-südslawische Kommission zur Lösung der Grenzfragen hat ihre Arbeiten beendet. Die Unterzeichnung eines diesbezüglichen Abkommens steht unmittelbar bevor, da in allen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte.

Das gesamte Grenzgebiet wird in fünf Abschnitte eingeteilt, in denen gemischte örtliche Kommissionen einen freiwilligen Gütertausch der Grenzbewohner überwachen werden. Es kommen nur Güter innerhalb der beiderseitigen Zollzonen von etwa 10 Kilometer in Frage. Nach der Ratifikation des Abkommens durch die Parlamente werden gemischte Liquidationskommissionen monatlich einberufen werden, um die Vorarbeiten in zwei Monaten zu beenden, während die Liquidationsfrist zwei Jahre betragen soll.

Anstelle der Anfangs von Südslawien geforderten neutralen Grenzzone, die die bulgarischen Vertreter als ungesetzlich bezeichneten, wird ein ständiges gemischtes Kontrollorgan aus Offizieren und Vertretern des Außen- und Innenministeriums beider Staaten geschaffen, um jeden Grenzkonflikt zu prüfen und den Regierungen die notwendigen Sanktionen vorzuschlagen.

Beide Staaten behalten sich das Recht vor, durch geeignete Maßnahmen die Sicherheit in den Grenzgebieten aufrecht zu erhalten.

Auch militärisch kaltgestellt.

Primo de Rivera über seine Zukunftspläne.

× **Madrid**, 4. Februar.

Primo de Rivera, von dessen militärischem Schicksal zwei Meldungen kursieren, einmal daß er als Generalkapitän nach den Balearen versetzt sei, das andere Mal, daß er mit dem Wohnsitz in Madrid als General zur Disposition gestellt worden sei — beides bedeutet natürlich eine ausdrückliche Kaltstellung —, gab Pressevertretern gegenüber die Erklärung ab, er werde zunächst in engste Beziehungen zur „Patriotischen Union" treten, deren Führer er seit langem sei.

Er glaube, daß die „Patriotische Union" bei den kommenden Wahlen eine führende Rolle spielen werde. Primo gab zu verstehen, daß er sich selbst als Kandidat aufstellen lassen werde. Die Gerüchte, daß er aus dem Heer ausstreten werde, seien aus der Luft gegriffen.

In gut unterrichteten Madrider Kreisen glaubt man, daß die Auflösung des Nationalrates schon auf einem der nächsten Ministerräte behandelt werden wird. Die Militärakademie in Sarragossa soll abgeschafft und die alten Akademien wieder eröffnet werden.

Aus dem In- und Auslande.

Abänderung des deutsch-finnischen Handelsvertrages?

Stockholm, 5. Februar. Der deutsche Gesandte in Helsingfors hat nach einer Pressemeldung den finnischen Außenminister Procope aufgesucht und über die notwendigen Abänderungen des deutsch-finnischen Handelsvertrages verhandelt. Der finnische Außenminister habe keine Aussichten auf Veränderungen der Zollsätze zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft machen können.

Deutsche Generale in Rußland.

Berlin, 4. Februar. **Gegenüber den Veröffentlichungen, wonach sich der General a. D. Thommsen und der Generalleutnant a. D. Ludwig zu längerem Aufenthalt nach Rußland begeben hätten, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Oberst Thommsen — einen General a. D. Thommsen gibt es nicht — seit Jahren gänzlich zurückgezogen auf Westerland lebt. Er ist fast völlig erblindet und steht mit dem Reichswehrministerium weder in irgendwelcher Beziehung, noch läßt sein körperliches Leiden eine Betätigung zu, am allerwenigsten eine Reise ins Ausland. General a. D. Ludwig hat seit seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst zum Reichswehrministerium keinerlei dienstliche Beziehungen mehr. Es wird ausdrücklich betont, daß ein Auftrag des Reichswehrministeriums zu einer Reise nach Rußland nicht vorliegt.**

Preußen und der Staatsgerichtshof.

Berlin, 4. Februar. **Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in dem Wahlrechtsstreit wird am 14. und 15. Februar vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Auf Antrag der Volksrechtspartei wird mündlich verhandelt werden. Den preußischen Standpunkt wird voraussichtlich Ministerialdirektor Badt vom Preußischen Innenministerium vertreten.**

Ehrung des Reichsverwesers von Ungarn.

Budapest, 5. Februar. Anläßlich des zehnten Jahrestages der Wahl Nikolaus von Horthys zum Reichsverweser von Ungarn wird der Ministerpräsident dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreiten, um das Jubiläum gesetzgeberisch zu verewigen. Der Gesetzentwurf wird beantragen, daß gewisse Institutionen den Namen des Reichsverwesers tragen sollen.

Die Annahme der englischen Kohlenbergbauvorlage gesichert.

London, 5. Februar. Als Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Handelsminister Graham und den Liberalen hat die Regierung spätabends beschlossen, den ersten Teil der Kohlenbergbauvorlage zunächst zurückzustellen. Dies bedeutet, daß das Kabinett den Forderungen der Liberalen in der endgültigen Form der Kohlenbergbauvorlage in sehr weitgehendem Maße nachgegeben hat. Die Annahme der Vorlage durch die Mehrheit des Unterhauses gilt nunmehr als gesichert.

Primo de Rivera darf Madrid nicht verlassen.

London, 5. Februar. Nach Meldungen aus Madrid hat die spanische Regierung eine Verfügung erlassen, in der General Primo de Rivera verboten wird, die Hauptstadt zu verlassen. Die Verfügung findet auch Anwendung auf seinen früheren Mitarbeiter, General Anido, der im letzten Kabinett Innenminister war. Da Primo de Rivera erst kürzlich seinen Entschluß ankündigte, sich nach der Provinz zurückzuziehen, wird der Aufenthaltsbeschränkung das früheren Diktators große politische Bedeutung beigemessen.

Aus der Umgegend

Nebra, 6. Februar.

— **Konzert.** Unser neuer Stadtkapellmeister wird am Freitag abend mit seiner Kapelle im Schützenhause ein großes Extra-Konzert geben, an das sich ein Ball anreihen soll. Wir wünschen dem strebsamen Leiter unseres wieder auf beachtenswerter Höhe stehenden Stadtorchesters ein recht volles Haus.

— **Unser Zeitungs-Roman auf der Bühne.** Wohl in jeder Familie, in der der „Nebraer Anzeiger" gelesen wird, wartet Vater, Mutter und Kinder am Erscheinungstage auf die Zeitungsfrau, um die Fortsetzung des Romans rasch lesen zu können. Wenn nun jeder die neueste Fortsetzung gelesen hat, dann beginnt eine rege Unterhaltung über die Frage, wie wohl die Sache enden wird. Es ist gewiß nicht zuviel gesagt, wenn man sagt, der fesselnde Roman im „Nebraer Anzeiger" bildet das Tagesgespräch. Diese Tatsache hat der geschäftstüchtige Direktor des Thüring. Operetten-Theaters sich zunutze gemacht; er hat den Roman für die Bühne bearbeitet und wird das unter dem Titel „Raubvögel über dem Rauwechof" geschaffene Volksstück am Sonntag im Schützenhause zur Aufführung bringen. Der allzeit tüchtige Leiter, aber auch in jeder Rolle geschickt und kunstgeübt wirkende Direktor Klüppel hat mit der Durchführung seiner Idee sicherlich einen Glücksgriff getan, das Haus wird am Sonntag ausverkauft sein, was wir ihm als Dank für die schönen Abende, die er dem hiesigen Publikum bisher bereitete, auch wünschen. Die Parole für Sonntag möge somit lauten: „Ins Theater". — Es sei noch darauf hingewiesen, daß es bei den niedrigen Eintrittspreisen wohl jedem ermöglicht ist, die interessante Vorstellung zu besuchen.

— **Neue Lehrerbildung.** Der Preußische Lehrerverein, in dem von 110000 Lehrern und Lehrerinnen fast 80000 organiert sind, faßte in seiner letzten Gesamtvorstandssitzung eine Entschließung, die enttäuscht feststellt, „daß die Lehrerbildung in Preußen eine Entwicklung genommen hat, die immer mehr den Hochschulcharakter der Pädagogischen Akademie infrage stellt. Von den für Ostern 1930 vorgesehenen sieben neuen Akademien befindet sich nur eine (Halle a. S.) in einem Universitätsorte. Alle tragen im Gegensatz zu den bestehenden Hochschulen konfessionellen Charakter". Besonders verhängnisvoll erscheint „die Absicht, in der Landeshauptstadt drei, nach Weltanschauungen getrennte, kleine und damit leistungsschwache Akademien zu errichten". Die zusammen auch wesentlich teurer werden dürften als eine große Akademie, was heute bei der unbedingten Notwendigkeit zu möglichster Sparsamkeit gewiß nicht unterschätzt werden darf.

— **Behandlung der Gesuche um Billigung des Armenrechts.** Der Volkswohlfahrtsminister hat angeordnet, daß an Stelle der durch Erlaß vom 12. Juli v. J. vorgeschriebenen Bescheinigungen bei Antragstellern, die in öffentlicher Fürsorge stehen, die Vorlage einer Bescheinigung des Wohlfahrtsamtes über die Höhe und Dauer der Unterstützung genügt. Bescheinigungen der Wohlfahrtsämter, die hiernach von den Antragstellern eingereicht werden, sind nach Prüfung des Armenrechtsgesuchs unter Zurückhaltung einer beglaubigten Abschrift auf Antrag zurückzusenden.

Roßleben. [Kundgebung.] Eine Protestversammlung gegen die Unzulänglichkeit der z. Zt. geltenden Erwerbslosenunterstützungssätze fand heute vormittag im Deutschen Hause statt. Hiesige und zahlreiche Arbeitslose von auswärts hatten sich dazu eingefunden. Im Anschluß an die Versammlung war ein Umzug geplant, für den jedoch eine Erlaubnis nicht gegeben werden konnte. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren mehrere auswärtige Landjäger aufgeboten, es wurde jedoch die öffentliche Ordnung nirgends gestört.

Wiehe. Mit welcher Unverschämtheit manche Hausierer auftreten, beweist ein Fall, der sich vor wenigen Tagen in einem Hause unserer Stadt zutrug. Der betreffende Händler bot kleine, kümmerlich gerahmte Bildchen zum Verkauf an, lauter wertloses, kitschiges Zeug, das mit 25 bis 30 Pfg. pro Stück reichlich bezahlt gewesen wäre. Er forderte 70 Pfg. dafür. Als ihm bedeutet wurde, daß man dafür absolut keine Verwendung habe, hörte er nicht auf, in eindringlicher Weise zu bitten und zu betteln. Die Frau des Hauses wollte ihm daher ein paar Groschen schenken, hatte jedoch an Kleingeld gerade nur (!) 15 Pfg zur Hand. Diese erhielt der Bursche, nahm sie auch, um dann in unverschämtester Weise schimpfend das Haus zu verlassen und noch die Straße mit seinen frechen Redensarten erfüllend. Wie man hört, soll der unverschämte Bursche in anderen Häusern es ähnlich getrieben haben.

Artern. Der Bahnarbeiter Fritz Becker aus Voigtstedt war am Sonnabend abend beim Rangieren auf Bahnhof Artern beschäftigt und wollte einen Wagen ankoppeln. Dabei geriet er zwischen die Puffer und erlitt dabei einen Schulterbruch und eine starke Brustquetschung. Der Verunglückte wurde dem Krankenhause zugeführt.

Kelbra. Drahtseil über der Fahrstraße. Der Einwohner R. wäre auf der Rückfahrt vom Bahnhof fast das Opfer eines Drahtseilattentats geworden. Unbekannte Täter hatten ein Drahtseil über die Fahrstraße gespannt, das beim Anfahren jedoch an einem Ende riß.

Berga. Tragödie eines alten Lehrers. Der am Rittergut Markersdorf als Hauslehrer angestellte Direktor Engelberg, der in jüngeren Jahren Leiter eines Erziehungsinstitutes war, stürzte infolge Glätte auf einem Gange zur Post und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. Direktor Engelberg, der seine hiesige Stellung aufgeben wollte und sich schon mehrfach um einen anderen Posten, bisher leider erfolglos, beworben hatte, schien durch die Schmerzen mutlos geworden zu sein und die Nerven verloren zu haben, er schoß sich eine Kugel in den Kopf. Zurzeit liegt er im Krankenhaus Greiz, sein Schicksal ist noch ungewiß.

Merseburg. Unheimlicher Weggenosse. Der Kreisvorsitzende des Bundes der Kinderreichen wurde nachts auf offener Straße von einem jungen Manne überfallen und zur Herausgabe seines Geldes aufgefordert. Der Ueberfallene hatte den Räuber in einer Merseburger Gaststätte kennen gelernt und hatte mit ihm zusammen den Heimweg angetreten. Unterwegs blieb der junge Mann plötzlich stehen, warf sich auf seinen Gegner und entriß ihm blitzschnell seine Geldbörse, eine wertvolle goldene Uhr und eine Ausweistasche und verschwand, ehe der Verdutzte sich von seinem Schrecken erholt hatte. Der Räuber konnte noch nicht gefaßt werden.

Halle. Wüste Szene in der Stadtverordnetensitzung. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten, in der die Tariferhöhung der städtischen Werke behandelt wurde, kam es zu ungeheuerlichen wüsten Szenen. Vier Kommunisten mußten durch die Polizei aus dem Saale gebracht werden. Obwohl die Sitzung viele Stunden dauerte, wurde nur ein positiver Beschluß gefaßt, nämlich ein Ausschuß eingesetzt, der den städtischen Werken Vorschläge zur Vermeidung von Härten bei der Tariferhöhung machen soll.

Gera. Maul- und Klauenseuche im Landkreis Gera. Nach Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einigen benachbarten Gemeinden sind sowohl der Stadtkreis Gera als auch die Gemeinden der Amtsgerichtsbezirke Ronneburg, Gera und Weida als Sicherungsgebiet erklärt worden.

Gotha. Selbstmord nach dem Ball. Ein kaum 27 Jahre altes Mädchen aus der Ostvorstadt hat im Verlauf der letzten Nacht durch Einnehmen von Quecksilbertabletten ihrem Leben ein Ende gemacht. Nach der Rückkehr von einem Ball fand man sie am Morgen leblos in ihrem Zimmer auf. Ueber das Motiv zu dieser Tat konnte bisher noch keine Aufklärung gefunden werden.

Gotha. Regierung erhebt Einspruch gegen Hockersteuer. Die Thüringische Regierung hat gegen die in der letzten Stadtratssitzung beschlossene Aenderung des Ortsgesetzes über die Hockersteuer Einspruch erhoben. Durch sie sollten auch die kleineren Lokale in den Stand gesetzt werden, ihren Steuerverpflichtungen in Form einer Pauschalsumme nachzukommen. Damit bleibt vorläufig alles bei dem vom Stadtvorstand verkündeten Gesetz, bis sich eine für beide Teile befriedigende Lösung finden läßt.

Zerbst. Soldat begeht Selbstmord. Der Oberfreiteil Arnold Schmitt vom Reichswehr-Reg. 12 brachte sich einen Schuß in den Mund bei. Nach kurzer Zeit starb der Verletzte. Der Grund zu der Tat soll in der Auflösung seines Verlöbnisses zu suchen sein.

Zerbst. Die Kindesentführer sämtlich ermittelt. Neben dem in voriger Woche verhafteten Dachdecker Felsche aus Strohkirchen wurden durch schnelles Vorgehen der Polizei, die Hand in Hand mit Presse und Publikum arbeitete, die beiden anderen Beteiligten des verbrecherischen Aktes der Entführung des Knaben Hans-Jürgen Raschke in den Personen des Rechtskonsulenten Huch und einer Frau Lembke, beide aus Ganzlin in Mecklenburg festgestellt. Die letzteren sind vorläufig noch auf freiem Fuß belassen worden. Alle drei Personen sehen ihrer Aburteilung entgegen.

Bitterfeld. Eine Kiste voll Handgranaten. In der Nähe des alten Straßenaufseherhäuschens an der Muldebrücke wurde eine Kiste mit Handgranaten gefunden. Wer die Kiste dort versteckt hat, konnte noch nicht ermittelt werden. Man nimmt jedoch an, daß sie von einer politischen Organisation aufbewahrt wurde und daß man die Handgranaten gelegentlich bei Unruhen verwenden wollte.

Osterode (Harz). Aus dem Leben geflüchtet. Seit Donnerstag wurde der Friseur Otto Freudel aus Freiheit bei Osterode vermißt. Als ein jetzt aus Richtung Herzberg kommender Personenzug die Gastwirtschaft Papenhöhe passierte, bemerkte der Lokomotivführer, daß sich ein Mann vor den Zug warf. Es bestand keine Möglichkeit, das Unglück abzuwenden. In dem gräßlich verstümmelten Leichnam — der Kopf war vom Rumpfe getrennt und der Körper in mehrere Teile zerschnitten — wurde der Friseur Otto Freudel erkannt. Was den etwa 30 Jahre alten Mann, der verheiratet war, zu dem Schritt Veranlassung gab, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Salzwedel. Flüchtige Mutter raubt hier fünf Kinder? Die fünf Kinder des Hofbesitzers Romaschke in Hohenböddenstedt, Kreis Salzwedel, sind heimlich entführt worden. In seiner Abwesenheit fuhren vier unbekannte Männer vor und nahmen die Kinder mit, nachdem sie sie beim Ortsvorsteher unter der Angabe abgemeldet hatten, daß die Mutter der Kinder ihnen den Auftrag zur Abholung erteilt habe. Frau Romaschke wurde im vergangenen Jahre wegen Brandstiftung zu einer Zuchthausstrafe verurteilt, entzog sich aber der Strafverbüßung durch die Flucht. Es wird vermutet, daß Frau Romaschke die Urheberin der Kindesentführung ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300206-18/fragment/page=0002

Aus Nah und Fern.

Berlin. Der Anschlag auf den Studenten Wessel aufgeklärt. Der plötzlich verhaftete arbeitslose Tischler Albrecht Höhler, der den nationalsozialistischen Studenten Kurt Wessel in dessen Wohnung niederschoß, hat jetzt zugegeben, den Anschlag auf Wessel mit zwei anderen Kommunisten „Erwin" und „Pipel" begangen zu haben. Den unmittelbaren Anlaß dazu habe eine Schießerei gegeben, bei der der ebenfalls der KPD. angehörende Camillo Roß von Nationalsozialisten durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzt worden war. Höhler will von seinem Bereitschaftsführer „Erwin" den Befehl erhalten haben, mit ihm und dem Parteigenossen „Pipel" alsbald dem Wessel eine „proletarische Abreibung" zu verabfolgen.

Unna i. W. Betrunkener Chauffeur überfährt eine Familie. Auf der Chaussee von Stockum nach Hemmerde in Westfalen fuhr der Kraftwagenführer Brüning in angetrunkenem Zustand in die auf dem Heimweg befindliche Familie des Maurers Wiemann aus Hemmerde hinein. Der Vater und seine achtjährige Tochter wurden überfahren und 20 Meter weit mitgeschleift. Das Mädchen starb auf der Stelle, der Vater erlag seinen schweren Verletzungen bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der rücksichtslose Kraftfahrer suchte das Weite, ohne sich um seine Opfer zu kümmern. Er konnte aber später festgenommen werden.

Hamburg. Keine Waffenbeschlagnahme. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, wonach in Hamburg auf dem schwedischen Dampfer „König Gustaf" eine für die Hamburger Kommunisten bestimmte Waffenladung beschlagnahmt sein soll, verlautet auf Anfrage von zuständiger Stelle, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspreche. Vermutlich ist die Meldung auf schon vor einigen Wochen umlaufende Gerüchte zurückzuführen, wonach mit irgendeinem Dampfer Waffen nach Hamburg unterwegs sein sollten, die angeblich nach Ostasien bestimmt waren.

Kleine Chronik.

Raffinierter Betrugsversuch in Amsterdam. Die Amsterdamer Polizei hat einen Mexikaner und einen Bolivianer verhaftet, die auf Grund eines gefälschten Wechsels bei der Firma Cook & Son einen Betrag von 16 000 Dollar erheben wollten. Die Firma Cook hatte vor einigen Tagen aus der Stadt Mexiko einen Brief erhalten, in dem ihr der Besuch der beiden Herren angekündigt und sie beauftragt wurde, ihnen einen Betrag von 16 000 Dollar auszuzahlen. Da der Brief, dem ein Deckungswechsel beilag nicht eingeschrieben war, schöpfte man Verdacht. Eine Anfrage in London ergab die Bestätigung, daß der Wechsel gefälscht sei und daß eine Betrügerbande am Werke sei. Aehnliche Briefe hatten auch andere holländische Großbanken erhalten. Der äußerst raffinierte Betrugsversuch schlug nur dadurch fehl, daß die Betrüger sich in der Laufzeit der Briefe verrechnet hatten und die Firmen Zeit fanden, sich über die Echtheit der Wechsel zu erkundigen.

Zwei englische Dampfer in Seenot. Einer Meldung aus Lissabon zufolge rannte der 12 858 Tonnen große britische Dampfer „Avelona Star" in der Mündung des Tajo auf Grund. Mit Hilfe von zwei Schleppern gelang es, das Schiff nach zwei Stunden wieder flott zu machen. Die „Avelon Star" befand sich auf der Rückreise von Brasilien nach London. — Der 1188 Tonnen große britische Dampfer „Willow Park", der 600 Meilen nordwestlich von Spanien in Seenot geraten war, konnte seine Reise nach Westindien fortsetzen, nachdem es gelungen war, die Ruder wieder in Ordnung zu bringen. Ein von Queenstown ausgesandter Schlepper begleitet das Schiff.

Ueberfall auf den Eisenbahnzug Bukarest-Temesvar. Ein dreister Ueberfall wurde auf den Personenzug Bukarest-Temesvar verübt. Als der Zug die Station Calinesti verließ, wurde die Notbremse gezogen. Der Zug hielt an, und mehrere Individuen riefen den Passagieren zu, sofort auszusteigen, der Personenzug sei in Gefahr, mit einem Güterzug zusammenzustoßen. Unter den Reisenden brach eine große Panik aus. Einige sprangen aus den Fenstern und zogen sich Verletzungen zu. Durch die milde Panik begünstigt, konnten die Banditen ungehindert Gepäckstücke entwenden. Sie hielten das Zugpersonal durch Revolverschüsse im Schach und konnten ungehindert entkommen.

Selbstmord aus Angst. In einem Londoner Gefängnis stürzte sich ein Zimmermann, der vor einigen Tagen vom Schwurgericht zu 10 Jahren Zuchthaus und 15 Hieben mit der „neunschwänzigen Katze" verurteilt worden war, auf dem Wege zur Durchführung der Prügelstrafe über ein Geländer im Gefängnis in die Tiefe. Der Zimmermann, der aus Angst vor der Strafe zu diesem Schritt getrieben worden war, war sofort tot.

Der Bandenkrieg in Chikago. Wie aus Chikago gemeldet wird, wurde dort ein großes Geschäftshaus durch eine schwere Bombenexplosion völlig zerstört. Die Explosion wirkte wie ein Erdbeben. Die umliegenden Häuser wurden in weitem Umkreise beschädigt. Insbesondere wurden Tausende von Fensterscheiben zersplittert. Die Einwohner flüchteten in panischer Angst, doch sind wie durch ein Wunder keine Menschenleben zu beklagen. Diese Explosion stellt einen Höhepunkt des seit Jahren in Chikago tobenden wilden Bandenkrieges dar.

Gesundheitsschädliche Forschung.

Das zweite Kaiserschiff sichtbar.

□ **Rom**, 5. Februar.

Der Wasserspiegel des Nemi-Sees ist bereits um etwa 14 Meter gesenkt worden, so daß auch das zweite der viel besprochenen römischen Kaiserschiffe sichtbar wird. Da das Schiff zum größten Teil von Schlamm bedeckt ist und eine stark geneigte Lage hat, muß der Wasserspiegel noch um fünf bis sechs Meter gesenkt werden, damit das Schiff vollständig zum Vorschein kommen kann. Der Leiter der Bergungsarbeiten nimmt an, daß das zweite Schiff in seiner Bauart dem bereits trocken gelegten gleicht, und vertritt im übrigen die Ansicht, daß die Schiffe nicht, wie bisher angenommen, Freudenschiffe des Kaisers Caligula gewesen seien, sondern dem Kult der Diana gedient hätten. Während nun mit Spannung dem Auftauchen des zweiten Schiffes entgegengesehen wird, werden die Arbeiten an dem bereits trocken gelegten ersten Schiff fortgesetzt. Man hofft, es noch vor Einsetzen der Hitze in Sicherheit zu bringen, damit es den Sonnenstrahlen des Sommers nicht mehr ausgesetzt ist. Das Schiff soll am Ufer in einem Museum untergebracht werden.

Dem Sommer sieht man in der Umgebung des Nemi-Sees mit gemischten Gefühlen entgegen, da schon im vergangenen Sommer infolge der Senkung des Wasserspiegels an den langsam trocknenden Ufern Malariaherde entstanden.

Wer kauft 500 000 Tonnen Briketts?

Die Krise im mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau.

Der neueste Wirtschaftsbrief des Halleschen Bankvereins veröffentlicht interessante Einzelheiten über die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Daraus geht hervor, daß die Förderung im vergangenen Jahre eine

Steigerung von 4,1 Prozent erfahren hatte. Dies ist zunächst auf den kalten Winter zurückzuführen und ferner auf die Tatsache, daß der Absatz an Briketts im Gegensatz zu früheren Jahren auch im Laufe des Sommers verhältnismäßig rege war, weil sich die Haushaltungen ausreichend eindeckten.

Die warme Witterung

dieses Winters hat jedoch eine große Absatzflaute nach sich gezogen, da der Bedarf der Haushaltungen sehr gering war. Auch der Industriekohlenabsatz zeigt wegen der allgemeinen schlechten Beschäftigung in der Industrie einen ungewöhnlich niedrigen Satz. Verschiedentlich mußten sogar Feierstunden eingelegt und Teilfabriken stillgelegt werden.

Die Stapelvorräte im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau können auf die riesige Menge von 550 000 Tonnen geschätzt werden.

Infolge dieser Zustände hat sich die Rentabilität im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau noch weiter verschlechtert. Schon durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Nachkriegszeit ist die Durchschnittsdividende bei den Braunkohlengesellschaften auf 7,7 Prozent im Jahre 1928 gegenüber 11,9 im Jahre 1913 gesunken. An umfangreiche Rationalisierung, wie sie zur Hebung der Wirtschaftlichkeit notwendig wären, kann man deshalb nicht herangehen, weil die Erträge der Braunkohlenwirtschaft heute nicht mehr die erforderlichen Kapitalien erbringen. Zusammenfassend muß also gesagt werden, daß die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einen krisenhaften Charakter trägt, dessen Auswirkungen sich noch nicht übersehen lassen.

Landwirtschaftliches.

◊ **Unser Obstgarten im Februar.** Das Beschneiden, Ausputzen und Lichten der älteren Bäume ist noch immer die wichtigste Arbeit, nur bei scharfem Frost unterbleibt es besser. Bei milder Witterung wird das Graben der Baumscheiben und die Düngung fortgesetzt. Mit dem Schnitt beginnen wir bei den Beerensträuchern. Bei Johannisbeeren und Stachelbeeren werden die einjährigen Triebe etwas gestutzt. Bei Himbeeren und Brombeeren werden alle vorjährigen Tragruten kurz über dem Boden abgeschnitten. Edelreser können noch geschnitten werden und sind an schattiger Stelle in Sand oder lockerer Erde einzuschlagen. Von Beerensträuchern sind Ableger zu machen. Bei offenem Wetter sind die Frühjahrspflanzungen vorzunehmen, ebenso kann das Propfen in den Spalt bei Stein- und Kernobst ausgeführt werden, wie auch das Umpropfen schlecht tragender Bäume. Auch ist eine Düngung mit Jauche jetzt angebracht. Einschneidende Baumbänder sind zu entfernen und zu erneuern. Dabei ist nachzuprüfen, ob auch die Baumpfähle feststehen und nicht durch Scheuern die Bäume verletzen. Durch Frost gehobene Herbstpflanzungen sind wieder festzutreten. Die Spaliere sind auf ihre Dauerhaftigkeit und Festigkeit zu prüfen. Spalierobst, namentlich Pfirsiche und Aprikosen, sind an sonnigen Tagen zu verhängen, um ein zu frühes Austreiben zu verhindern. Jetzt ist es auch höchste Zeit, den Weinstock zu beschneiden. Wartet man länger, so verliert er nach dem Schnitt viel Saft, er „blutet", wie der Gärtner sagt; durch einen zu spät ausgeführten Schnitt kann man so eine ganze Anlage gefährden. Bei allen auszuführenden Arbeiten ist gleichzeitig fleißig Umschau nach Raupennestern und sonstigen Schmarotzern zu halten. th.

Eine Schiefblattneuheit.

(Mit Abbildung.) (Nachdruck verboten.)

Es handelt sich um eine Zuchtform der Begonia semperflora, also des immerblühenden Schiefblattes. Blumenfreunde werden sich erinern, daß diese Schiefblattart stark in den Schmuckanlagen unserer großen Städte vertreten ist, wo Ränder und Beete daraus gebildet werden, die in überreicher Pracht von Juni ab bis in den Oktober hinein blühen, bis die ersten harten Fröste sie abtöten. Daher auch die Bezeichnung „immerblühend". Es gibt zahlose Züchtungen dieses Schiefblattes, durchweg in den verschiedenen

Tönen von rot und dunkelpurpur bis zum zarten rosa. In diesem Falle handelt es sich um eine neuere Züchtung, die der Züchter nicht umsonst mit der lateinischen Bezeichnung P. grandiflora delicata versehen hat. Auf Deutsch heißt das großblütig, von delikatester Färbung. Beides trifft zu. In bezug auf Reichblütigkeit ist diese Sorte unter ihren Arten unerreicht. Sie eignet sich so recht als unermüdlich blühende Schmuckpflanze für den Garten; aber nicht weniger auch für das Zimmer. Dort, kühlstehend blüht sie vom September bis zum April ununterbrochen mit einem Blütenreichtum, der schier unfaßbar ist. Nur müssen die Pflanzen recht hell stehen. Man kann sie aus Samen ziehen, aber auch aus Stecklingen. Als Erdreich gibt man eine Mischung aus Sand und Humus im Verhältnis von 1 : 2. Die Samen werden am besten, nämlich für den Schmuck von Zimmer und Wintergärten, Anfang Juli ausgesät, einmal verstopft und als kräftige Pflanzen Mitte September einzeln in Töpfe gesetzt. Bringt man sie dann, nachdem sie gegen die ersten Fröste geschützt sind, etwa Ende Oktober in das Zimmer, so hat man bald darauf Blüten, die, wie schon gesagt, bis Anfang April und Anfang Mai sich halten. Man kann aber auch schon im Mai blühende Pflanzen haben, die mit etwa vier Wochen voraus, die Blüte beginnt zu Mitte September, doch vertragen solche Pflanzen die Zimmerluft nicht so gut. Andere sehr schöne Sorten sind Zulukönig und Brillant. Gartendirektor Js.

Die Zschopau-Talsperre fertiggestellt.

In der Nähe von Waldheim in Sachsen ist jetzt eine große Talsperre fertiggestellt worden, die neben der Krafterzeugung vor allem dem Hochwasserschutz dienen soll. 160 Hektar

Land werden überstaut und etwa 20 000 Millionen Kubikmeter Wasser in einem 9 Kilometer langen künstlichen See angesammelt.

Spitzelwirtschaft bei den Finanzämtern.

Dieser Tage hat, wie die Fleischerverbands-Zeitung berichtet, das Reichsgericht in einem mehr als merkwürdigen Prozeß sein Urteil gefällt. Einer der zahlreichen Steuerspitzel, die von den Finanzamtsbehörden fortlaufend beschäftigt werden, ohne daß die Oeffentlichkeit jemals etwas von dieser Geheimorganisation erfährt, klagte auf 10 000 RM. Provision. Die Verhandlung ergab, daß dieser Herr, ein Kaufmann B., mit emsigem Fleiß Material über Steuerhinterziehungen einer Reihe Berliner Firmen zusammengetragen und vom Finanzamt mit 20% an der Steuersumme die auf Grund seiner Angaben nachträglich eingezogen werden konnte, beteiligt worden war. 88 000 RM. hatte der Angeber auf diese Weise bereits verdient. Er behauptete aber nunmehr, auf eine noch höhere Summe Anspruch zu haben.

Während ihn die beiden ersten Instanzen abgewiesen hatten, stellte sich das Reichsgericht auf seine Seite und erklärte, der Rechtsweg könne auch für Provision eines Spitzels nicht ausgeschlossen werden. Alle deutschen Finanzämter arbeiten, wie man im Anschluß an diesen Fall erfährt, sehr stark Hand in Hand mit Steuerspionen. Jeder, der sich durch hohe Ausgaben verdächtig macht, kommt auf eine schwarze Liste. Derartige Angaben werden dann an die zuständigen Finanzämter weitergeleitet. Diese Spitzel pflegen zunächst auf eigene Faust zu arbeiten und meist Erfolgshonorare zu erhalten. Ihre Arbeit lohnt sich aber so sehr, daß sie selbst große Spesen riskieren können. Ein anderes, noch übleres Mittel, dessen sich die Steuerspione bedienen, ist die Bestechung entlassener Angestellter. Man versteht es, sich an abgebaute Angestellte größerer Firmen heranzumachen und ihnen langsam und geschickt beachtliche Geschäftsgeheimnisse zu entlocken. Das System, Steuerspione mit Provisionen und Erfolgshonoraren anzustellen, ist selbstverständlich moralisch unhaltbar und wirkt korrumpierend.

Die Autorität.

Wer erinnert sich nicht der bösen Tage, als die Revolution über Deutschland brauste und jeder Autorität der Krieg galt. Niemand hatte etwas zu sagen, niemand wollte sich etwas sagen lassen. Aber es dauerte nicht sehr lange, dann wuchs aus dem Chaos eine neue Macht und es kamen wieder Menschen, die befahlen, die Gehorsam forderten, Menschen, die sich selbst Autorität verschafften oder denen die Autorität verliehen war. Selbstverständlich geht es ohne Autorität nicht. Unterordnung muß in einem geordneten Staatswesen ebenso sein, wie in der Familie. Nur ein Unterschied ist gegen früher Früher verlangte man die unbedingte Unterordnung, früher meinten die oberen Organe, eine Macht zu besitzen, von der sie unbedingt und immer Gebrauch machen könnten. Heute will man die freiwillige Unterordnung, das freiwillige Bekenntnis der Menschen zum Gehorsam. Nicht in allen Fällen kann eine Autorität sich auf freiwillige Unterordnung begründen Aber man versucht doch wenigstens, den Despotismus nicht so herauszukehren. Man befiehlt heute nicht mehr so viel wie früher, sondern appelliert an die Vernunft und bittet, Bestimmungen zu befolgen. Wenn die Menschen Engel und einsichtig wären, könnte man heute gegen viele Autoritäten, die noch nach altem Muster ihres Amtes walten, das Disziplinarverfahren eröffnen. Leider aber bieten die Menschen gerade diesen Männern an entscheidenden Stellen eine Renitenz, die jene wieder berechtigt, in der, sagen wir, alten Sprache zu reden, und demnach die Bestimmungen zu vergessen, die in allen Behörden gelten sollten Doch darf man heute feststellen, daß immer mehr die Einsicht Wurzel schlägt, daß das Leben nicht ohne Unterordnung geht und die meisten Verantwortungsfühlenden sich auch damit abgefunden haben, sich in Reihe und Glied zu stellen, wenn es notwendig erscheint. Autorität muß eben sein Wollte jeder seinen eigenen Weg gehen, so würde die Unordnung jede Lebensmöglichkeit unterbinden. Nur der Unterschied kann gewahrt werden, daß die Autorität nicht immer den schnauzenden Wachtmeister zu verkörpern hat Vielleicht hat man auf vielen Gebieten sogar zu großes Selbstbestimmungsrecht gegeben. So in den Schulen Aber auch das wird sich sicherlich überleben, denn die Ausgleichung geht doch tapfer vorwärts. In den Fabriken ist der Unternehmer wieder die Autorität, in den Gerichtssälen zittern die Angeklagten wieder vor dem Richter, auf der Straße winkt der Polizist wieder die Befehle. Ausfälle aus diesem sich langsam geschlossenen Kreis werden seltener, und wenn politische Gruppen sich in einem Machtdünkel Ausschreitungen erlauben, so begegnen sie einer Abneigung aller, die sich mit Recht sagen, daß Grundsatz aller Ordnung, die Unterordnung sei, die Befolgung der Gesetze und die Anerkennung der Personen, die dazu da sind, um die Befolgung der Gesetze zu überwachen.

Photo-Wettbewerb der „Woche" entschieden. Bei 80 000 zum großen Teil vorzüglichen Einsendungen hatten es die Preisrichter nicht leicht. Die Gewinner und die schönsten Bilder stehen in Heft 6 der „Woche". Außer vielem anderen finden wir darin noch 2 Seiten von dem Berliner Arzt Dr. Ritter auf der Schildkröten-Insel. Ein ausnehmend interessantes Heft!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300206-18/fragment/page=0003

Ein englischer Reichswirtschaftsrat.

∾ Der englische Premierminister Ramsay Macdonald kündigte vor einigen Tagen im Unterhaus die Errichtung eines englischen Reichswirtschaftsrats an. Er sagte nichts näheres darüber, wie er sich im einzelnen Aufbau und Arbeitsweise dieser Körperschaft denkt, wohl aber, daß er selbst den Vorsitz zu übernehmen beabsichtigt. Immerhin steht dieser Gedanke in England schon lange zur Diskussion, und es sind unter Benutzung der Erfahrungen anderer Länder zahlreiche Vorschläge gemacht worden. Selbstverständlich spielt in dieser Diskussion auch die Entwicklung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Deutschland eine große Rolle. Die Erfahrung, daß es zweckmäßig war, diese umfangreiche Körperschaft in der praktischen Arbeit auf kleine Gremien zu reduzieren und das Plenum überhaupt auszuschalten, ist bei den englischen Vorschlägen sehr beachtet worden, und man denkt von vornherein lediglich an verhältnismäßig kleine Versammlungen

Der weitestgehende Plan ist der des ökonomischen Generalstabs, wie er in dem Wirtschaftsprogramm der Liberalen Partei vorgeschlagen wird. Auch bei diesem Vorschlag handelt es sich um ein Regierungsorgan, das die Aufgabe haben soll, gestützt auf einen großen Stab von Mitarbeitern das Wirtschaftsleben dauernd methodisch zu beobachten, um für alle Fragen, die die Politik des Landes und die Entwicklung der Wirtschaft berühren, das erforderliche Sachmaterial zu beschaffen. Dieser Generalstab soll darüber hinaus auch Regierung und Parlament als eine Art Informationsbüro ad hoc zur Verfügung stehen, er soll aus eigener Initiative das Kabinett auf wichtige Entwicklungstendenzen der Wirtschaft Englands und des Auslandes aufmerksam machen und soll der Regierung Vorschläge dafür machen, wie fundamentale wirtschaftliche Schwierigkeiten behoben werden können, also beispielsweise die Arbeitslosigkeit, Umlagerungen im Außenhandel usw. Die englischen Liberalen legen großen Wert darauf, daß eine solche Institution im engsten Zusammenhang mit der Zentrale der Verwaltung arbeitet, um ihr von vornherein eine starke Autorität zu sichern. Es scheint, daß auch hier die deutschen Erfahrungen zur Kenntnis genommen wurden, denn in dem Wirtschaftsprogramm der englischen Liberalen wird darauf hingewiesen, daß eine solche beratende Körperschaft sehr leicht aus der praktischen Mitarbeit seitens des Parlaments und seitens der Verwaltung ausgeschaltet werden könne. Die Verwaltungschefs seien immer bemüht, die Lösung aktueller Probleme in der Hand zu behalten und die Politiker interessieren sich im allgemeinen wenig für Materien, die Parlament und Presse noch nicht in Bewegung gesetzt haben. Deshalb soll der Vorsitzende dieses wirtschaftlichen Generalstabs durch unmittelbare Anlehnung an den Premierminister und das Kabinett eine so einflußreiche Stellung erhalten, daß die Regierung unter allen Umständen gezwungen ist, sich mit seinen Vorschlägen zu beschäftigen.

Im übrigen gibt es in England heute schon eine Art Vorläufer zu einem derartigen Reichswirtschaftsrat in Gestalt des Commitee of Civil Research, von dem die Initiative zu den großen Enqueten ausgeht, die in England gelegentlich zur Klärung wirtschaftlicher Fragen verschiedenster Art vorbildlich durchgeführt werden. Die Tatsache, daß Ramsay Macdonald von einem Advisory Council gesprochen hat, zeigt, daß er ebenfalls an eine beratende Instanz denkt. Wenn er aber weiter ausgeführt hat, daß diese Körperschaft die eben genannte Kommission in sich aufnehmen ud den Mitarbeiterstab erheblich erweitern soll, so scheint damit doch die Verwirklichung dem Gedanken näher gerückt zu sein, den die englischen Liberalen in ihrem Geldbbuch entwickelt haben. Es wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Körperschaft handeln, die nicht dazu da ist, bestimmte Informationen für einzelne Verwaltungszweige einzuziehen, oder gelegentliche Untersuchungen über diesen oder jenen Gegenstand der Wirtschaftspolitik durchzuführen, sondern um eine Stelle, deren Aufgabe es ist, das Wirtschaftsleben dauernd zu beobachten, statistische und andere Informationen dauernd als Material für die Wirtschaftspolitik bereit zu halten und ein gewisses Maß von eigener Initiative hinsichtlich derjenigen Maßnahmen zu ergreifen, die für das Wirtschaftsleben des Landes als Ganzes notwendig sind. Es scheint aber, daß die Engländer dabei doch den Hauptnachdruck auf die Materialbeschaffung legen. Dieser Wirtschaftsrat soll keineswegs das kollektivistische Element in der englischen Wirtschaft stärker betonen, als das bisher schon geschehen ist. Man ist aber der Ueberzeugung, daß die Art und Weise der Materialbeschaffung, wie sie gegenwärtig geübt wird, d. h. die vielfach überstürzte Befragung von Sachverständigen im Einzelfall sich auf die Dauer als Grundlage der Wirtschaftspolitik nicht bewährt.

Es kommt hinzu, daß ein statistisches Reichsamt wie das deutsche mit seiner weitgehenden laufenden Berichterstattung und mit der starken Zentralisation der Materialbeschaffung in England nicht existiert. Der neue Reichswirtschaftsrat soll auch nach dieser Richtung hin die jetzt vorhandenen Lücken ausfüllen. Was die englische Regierung jetzt vorschlägt, bedeutet also nicht mehr, als daß sie sich in der Technik der Wirtschaftsbeobachtung verwaltungsmäßig dem annähert, was in anderen Ländern teilweise schon seit Jahrzehnten verwirklicht ist.

Jahresmilchleistung der Kühe in Preußen.

2423 Liter durchschnittlicher Jahresertrag.

⊶ **Berlin**, 4. Februar.

Die Ergebnisse der amtlichen Erhebung über die durchschnittliche Milchleistung der deutschen Kühe wurden soeben veröffentlich. Diese Erhebung ist im vergangenen Jahre im Rahmen der milchwirtschaftlichen Rationalisierungsbestrebungen auf Veranlassung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durchgeführt worden. Die Ausgliederung erfolgte nach Milchkühen nur zur Milchgewinnung und nach Kühen, die auch zur Arbeitsleistung herangezogen werden (Zugkühe). Bei den Milchkühen, die ausschließlich zur Milchgewinnung gehalten werden, ist unterschieden worden nach Kühen unter Leistungskontrolle und solchen außerhalb der Leistungskontrolle.

Der durchschnittliche Jahresertrag je Kuh (Milchkühe überhaupt) beträgt in Preußen 2423 Liter; das bedeutet eine Tagesleistung je Kuh von rund 8 Litern unter Zugrundelegung einer Laktionsperiode von 300 Tagen. Die Stadt Berlin fällt mit 4399 Litern nicht unerheblich aus dem Rahmen dieses Ergebnisses heraus. Diese hohe Durchschnittsleistung ist bedingt durch die Abmelkbetriebe der Berliner Molkereien. Die sonst höchste Leistung weist Schleswig-Holstein mit 2921 Litern, die niedrigste die Hohenzollernschen Lande mit 1605 Litern auf. Die Leistungen der beiden Gruppen der Milchkühe inner- und außerhalb der Leistungskontrolle weichen nach Provinzen gegliedert voneinander fast überall um mehr als 1000 Liter ab. Eine nennenswerte Ausnahme macht nur Schleswig-Holstein. Die Milchleistung der Zugkühe ist in den einzelnen Provinzen ganz verschieden. Die in Preußen erzeugte gesamte jährliche Milchmenge betrug rund 13 Millionen Liter. Die höchste Gesamtmenge weist Hannover und die niedrigste die Hohenzollernschen Lande auf.

Polnischer Dampfer aufgelaufen.

Kiel, 4. Februar. **Der polnische Dampfer „Newa", der sich auf der Fahrt von London nach Gdingen befand, ist bei diesigem Wetter in der Kieler Außenförde bei Strande aufgelaufen. Hamburger Bergungsmannschaften sind an die Unfallstelle abgegangen, um das Schiff ohne vorherige Leichterung wieder flott zu machen.**

Vermischtes.

○ **Beethovens „Konkurrenten".** Man wird leider vom Ruhme unseres großen Beethoven ein bißchen was abstreichen müssen, denn neulich hat sich in Liverpool etwas zugetragen, was kaum ein sterbliches Gehirn jemals zu ahnen gewagt hätte. Dort hat jüngst ein deutscher Musiker einen großen Beethovenkonzertabend veranstaltet. Alles, was Anspruch auf Kunstverständnis machen konnte, war zugegen. Man war ob der glänzenden Fähigkeiten des deutschen Musikers entzückt und klatschte minutenlang stürmischen Beifall. Als sich der Beifallssturm endlich gelegt hatte, köpften sich die Honoratioren den Musiker vor und erklärten ihm, daß im Hotel Soundso zu seinen Ehren ein großes Diner im Anschluß an das Konzert veranstaltet werde. Während des Diners nahm dann einer der Honoratioren Gelegenheit, in einer großangelegten Rede den außergewöhnlichen Genuß des Konzertabends zu würdigen und der Erklärung Ausdruck zu geben, daß es Liverpool als eine Selbstverständlichkeit betrachte, den deutschen Musiker um einen recht baldigen abermaligen Besuch zu bitten, damit Liverpool Gelegenheit finde, noch weitere Musikvorträge des Herrn von Beethoven zu hören, denn „das eine", so erklärte der Redner mit erhobener Stimme, „dürfen wir dem Künstler mit freimütigem Stolz bekennen, daß wir hier in Liverpool nicht zehn Leute haben, die in der Lage wären, so formvollendete Kunst zu schaffen wie — Beethoven." —

Sport in Amerika.

Von Dr. Carl Diem,

Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen einem Brief an das Reichsinnenministerium, in dem Dr. Diem über seine Reiseeindrücke berichtet hat.
Die Red.

Die Vereinigten Staaten mit einer Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr gewähren in allen Unterrichtsanstalten den Sonnabend als freien Tag für körperliche Erziehung, außerdem haben sie im planmäßigen Schulunterricht bis zu fünf Turnstunden in der Woche; in größeren Städten werden neuerbaute Volks- und höhere Schulen neben Turnhallen und Spielplätzen mit eigenen Schwimmbädern versehen. Die Turnhallen haben drüben etwa die doppelte Bodenfläche der unseren im Durchschnitt, die Universitätsturnhallen die Größe unserer ehemaligen Exerzierhäuser und darüber. An diesen Universitäten sind die Einrichtungen für die körperliche Erziehung unvorstellbar großartig, die Spielfläche hat die Ausdehnung der größten deutschen städtischen Sportanlagen. Einzelne Universitäten haben bis zu 4 Schwimmbäder, 4 Turnhallen, 10 Fußballplätze, 100 Tennisplätze usw. Der Lehrkörper für die körperliche Erziehung umfaßt bis zu 40 Köpfe und gehört in seinen leitenden Personen dem Universitätslehrkörper an. Seine Zielsetzung ist vernünftiger Sportbetrieb der Masse; man baut die früheren Rekord- und Gewinnziele ab. Die Studenten wohnen in der Mehrzahl in geräumigen, durchaus nicht luxuriösen, aber zweckmäßigen und kultivierten Häusern. So bildet sich ein gesundes, ungewöhnlich lebensstarkes Geschlecht heran, dessen geistige Leistung wir nicht unterschätzen dürfen; zumindest bewahrt sich der Amerikaner durch sein Schulsystem sehr gesunden Menschenverstand.

Für die große Masse der Bevölkerung stehen riesige öffentliche Parks zur Verfügung, deren Spielplatzhäuser mit Turnhallen und Schwimmbädern versehen, öffentliche Volksbildungsanstalten sind. Es findet dort nicht nur Spielunterricht, sondern auch jede andere Art von gebührenfreiem Unterricht statt: Sprachen, Wirtschaftslehre, Musik, Säuglingspflege, Gartenkunst usw. Die Grünflächen stehen dem Spiel der Werktätigen unentgeltlich jederzeit offen; selbst Tennis und Golf ist drüben ein Spiel des einfachen Mannes, da er nur für Spielgerät aufzukommen hat. Jeder Spielplatz hat eine Reihe von festangestellten Sportlehrern zur öffentlichen Verfügung. Auch auf den Rasenflächen zwischen den Regierungsgebäuden in Washington tummelt sich, ungestört und nicht immer leise, spielfreudige Menschheit aller Stände und aller Altersklassen.

Daneben haben sich die Bürger der amerikanischen Staaten Sportklubs gegründet, für den Arbeiter und Angestellten die Christlichen Vereine junger Männer und Frauen, die (katholischen) Knights of Columbus Clubs; die im Grunde billigen Junggesellenheime sind mit unüberbietbar praktischen, großen Einrichtungen für Leibesübungen, jedes Haus selbstverständlich mit Schwimmhalle ausgerüstet. Eine religiöse Einflußnahme findet nicht statt.

Für die Wohlhabenden gibt es überall sogenannte Athletik-Clubs; selbst Freimaurervereine sind als Athletik-Clubs aufgezogen, manche von ihnen mit einem geradezu phantastischen Luxus.

Ergebnis ist, daß der amerikanische Bürger in höherem Grade als der unsere, bis ins hohe Alter hinein, sich täglich oder in der Woche mehrmals, morgens, mittags oder abends, eine halbe bzw. eine ganze Stunde Zeit für körperliche Uebung nimmt.

Bekanntmachung betr. Kirchensteuer.

Diejenigen kirchensteuerpflichtigen Gemeindeglieder, die die Kirchensteuer für 1929 noch nicht entrichtet haben, werden zur Vermeidung unnötiger Weiterungen nochmals aufgefordert, nunmehr bis zum 15. Februar d. Js. ihren Steuerbetrag auf das Konto der Kirchenkasse bei der Stadtsparkasse Nebra zu überweisen oder einzuzahlen.

Nebra, 31. Januar 1930. **Der Gemeindekirchenrat.**

Schützenhaus Nebra

Freitag, den 7. Februar
abends von 8 Uhr an:
Grosses volkstümliches
Extra-Konzert
mit anschließendem
Tanzkränzchen
Es laden freundlichst ein
Musikdirektor Stein. R. Janda.

Schützenhaus Nebra
Thüringer Operetten-Theater
Am Sonntag, den 9. Februar, abends 8 Uhr:
Raubvögel über dem Rauneckhof
Schauspiel in 5 Akten
nach dem gleichnamigen im Nebraer Anzeiger erschienenden Roman. — Dramatisiert von Dir. C. Klüppel.
Eintrittspreise: Saalplatz 0,80 Mk., Galerie 0,50 Mk.
Nachmittags 3 Uhr:
Schneewittchen und die sieben Zwerge
Märchen in 5 Akten.
Saalplatz 0,40 Mk., Gallerie 0,30 Mk.

Preuß.-Süddeutsche Lotterie
Hauptziehung
Beginn: 8. Februar
Hauptgewinne:
4 zu 500000 | 4 zu 75000
2 zu 300000 | 6 zu 50000
2 zu 200000 | 12 zu 25000
2 zu 100000 | 80 zu 10000
Reichsmark.
Im Ganzen: 258 400 Gewinne u. 2 Prämien
zus. über 52½ Mill RM.
Kauflose von mir in Nebra a. U. **bei H. Sachse** oder **bei mir selbst** zu haben:
1/8 1/4 1/2 1/1
15.-, 30.-, 60.-, 120.- RM.
Staatl. Lott.-Einnahme Raymond
Merseburg, Hallesche Str. 25.

Wäsche-Anlagen
Wringmaschinen
liefert preiswert
R. Barthel.

Drucksachen
aller Art
in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer
Roßleben

Rubikopf

wirkt **vornehm** nur mit **Lockenwasser „Isma"**. Die Locken bleiben dauernd schön und haltbar.
● **„Isma"** duftet herrlich nach Veilchen.
1/1 Fl. Mk. 1.50, 1/2 Fl. Mk. 2.50
Adler-Drogerie Gutsmuths-Nebra, Drogerie Leschke, Querfurt.

stärkt Ihre Lunge. Beim Sport, auf Reisen oder Wanderungen erfordert Ihre Gesundheit Schutz und Pflege. Sie kräftigen Hals und Atemwege durch ständigen Gebrauch von Kaiser's Brust-Caramellen, die als sicher und schnell wirkendes Mittel bei Husten und Katarrh Weltruf besitzen. Mehr als 15 000 Zeugnisse.
Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg.
Gebrauchen Sie stets
Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen
Zu haben bei: **Adler-Drogerie W. Gutsmuths, Nebra; Aug. Oelschig, Nebra**

Es steht in der WOCHE:
Das Schönste
aus unserm Photo-Wettbewerb: Kinderbilder / Tägliches Leben / Richtiger Augenblick u. v. a.
Heute die WOCHE kaufen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300206-18/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 16 — Donnerstag, den 6. Februar 1930 — 43. Jahrgang

Liquidationsabkommen mit Polen.

Seine Geschichte und Bedeutung.

Berlin, 5. Februar.

Nachdem die Verhandlungen mit Polen über die Sonderabmachungen im Zusammenhang mit dem Liquidationsabkommen abgeschlossen sind, sind die Abmachungen in Form eines Gesetzentwurfs dem Reichsrat zugegangen, dem die Reichsregierung eine eingehende Denkschrift über die Geschichte und Bedeutung der Abmachungen beigefügt hat.

An zuständiger Berliner Stelle wird Wert darauf gelegt, daß die Liquidationsverhandlungen mit Polen ähnlich wie die mit den Reparationsgläubigern auf das Kapitel 9 des Youngplans zurückgehen, das

die Liquidierung der Vergangenheit

betrifft. Die Reparationskommission habe im Londoner Abkommen Deutschland mit 132 Milliarden Mark belastet, worauf die Forderungen, die Deutschland an andere Staaten noch hatte, gutzuschreiben waren. Bei diesen Forderungen handelt es sich also um Posten bei der Reparationskommission zu Gunsten Deutschlands. Während nach dem Dawesplan Deutschland über die Dawesjahresraten hinaus nichts zu leisten hatte, bestimmte der Youngplan, daß die gegenüber den Dawesraten herabgesetzten Youngraten nun auch ohne irgendwelchen Abzug zu entrichten seien.

Der Zweck war, zu verhindern, daß Deutschland diesen Youngraten gegenüber Gegenforderungen zu stellen imstande war, die die Youngraten praktisch wieder verminderten.

Diese Bestimmung, die insbesondere im dritten Abschnitt des Kapitels 9 des Youngplans niedergelegt ist, ist allerdings eine einseitige Feststellung bzw. Empfehlung der Gläubigersachverständigen, während die deutschen Sachverständigen nicht die Möglichkeit hatten, zu diesem Punkt ihre Ansicht in den Youngplan einzufügen. Es gelang ihnen lediglich, die Bestimmung zu erreichen, daß die diesbezügliche Regelung gänzlich den Regierungen überlassen bleibt.

Während der ersten Haager Konferenz gelang es Deutschland, zu erreichen, daß ein Unterausschuß in Paris sich mit den Liquidationsfragen beschäftigen sollte. Es schien aber zweckmäßig, die Frage der polnischen Liquidationen, die in dem auch in Paris von seiten der Gläubigermächte Deutschland gestellten Ansinnen auf gänzlichen Verzicht in „Liquidierung der Vergangenheit" zweifellos besonders ins Auge gefaßt worden waren, in einem besonderen Verfahren abzutrennen.

Auf dieser Grundlage kamen die Liquidationsverhandlungen mit Polen zustande. Dabei knüpfte man an Versuche an, die jahrelang schon schwebten.

Es gelang darin, von Polen zu erreichen, daß es die politischen Liquidationen (Entdeutschungen) künftighin einstelle.

Polen hatte das Liquidationsverfahren im Jahre 1929 wieder beschleunigt betrieben. 10 000 Hektar waren weiterhin bereits mit sogenannten dritten Liquidationsbeschlüssen belastet. Es gelang dann, die Freigabe aller bis zum 17. September 1929 nicht liquidierten Grundstücke einschließlich der bereits mit Liquidationsbeschlüssen belasteten zu erreichen.

Die gegenseitigen Staatsforderungen — es handelt sich in der Hauptsache um die finanzielle Auseinandersetzung über Posen und Westpreußen — wurden aufgegeben.

An privaten Forderungen von Reichsdeutschen schwebten Verfahren um einen Gesamtwert von 538,7 Millionen Mark. Wenn das Schiedsgericht etwa die Hälfte dieser Ansprüche anerkannt hätte, wären dies 269 Millionen Mark gewesen. Polen seinerseits hatte eine zweifellos übersteigerte Forderung von 830 Millionen aufgemacht.

Auf diese gegenseitigen Forderungen wurde verzichtet.

Bezüglich des Wiederkaufsrechts hatten die Polen bereits in 450 Fällen von dem von ihnen in Anspruch genommenen Recht der Rechtsnachfolge der ehemals preußischen Ansiedler-Kommission Gebrauch gemacht und deutsches Eigentum liquidiert.

Es gelang, die weitere Liquidierung von 50 000 Hektar und 12 000 Siedlerstellen mit 80 000 Menschen insofern zu verhindern, daß Polen im Erbfalle auf das Wiederkaufsrecht verzichtet. In den Nachverhandlungen ist auch geklärt worden, daß auch Optantenöhne für den Erbfall zugelassen werden, desgleichen wurde das Erbrecht von Minderjährigen gesichert.

Entschädigungsvorschläge der Reichsregierung.

Nach den mit Polen getroffenen Vereinbarungen steht nunmehr die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten der Reichsregierung zu. Sie hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der neue Entschädigungsvorschläge enthält.

Es soll durch ein Schiedsgericht der objektive Wert abgeschätzt werden. Das Reichswirtschaftsgericht gilt als Berufungs- und „Revisions"-Instanz. Reichsregierung, Reichsrat und ein Ausschuß des Reichstags sollen für das Entschädigungsverfahren genaue Richtlinien festsetzen.

Die fünf Younggesetz-Entwürfe.

Keine „Defensivstellung" der Regierung.

Berlin, 5. Februar.

Die sogenannten Younggesetze werden den Parlamenten in fünf Gesetzentwürfen vorgelegt, erstens der eigentliche Youngplan bzw. das Haager Abkommen, zweitens das neue Reichsbankgesetz, drittens das neue Reichsbahngesetz, viertens das deutsch-amerikanische Sonderabkommen, fünftens sämtliche Liquidationsabkommen einschließlich des deutsch-polnischen Abkommens. Das deutsch-polnische Abkommen wird also zusammen mit den übrigen Liquidationsabkommen „ne varietur" dem Parlament vorgelegt und muß als ganzes angenommen oder abgelehnt werden.

Obwohl demnach die Abstimmung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom eigentlichen Youngplan getrennt vorgenommen wird, besteht trotzdem ein direkter sachlicher Zusammenhang zwischen allen fünf Gesetzen. In Kreisen der Reichsregierung erklärt man, daß die Regierung keineswegs gewillt sei, die Haager Abmachungen in einer Defensivstellung gegenüber dem Reichstag zu vertreten, da man der Ansicht sei, daß mit den vorliegenden Abmachungen das Höchstmaß dessen erreicht worden sei, was unter den gegebenen Verhältnissen erreicht werden konnte.

Im Stadium der Erwägungen . . .

Umsatzsteuererhöhung auf ein Prozent?

Berlin, 4. Februar.

Die Umsatzsteuer, die bisher ¾ Prozent beträgt, soll Pressemeldungen zufolge auf ein Prozent erhöht werden. Wie hierzu auf Anfrage vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, ist es richtig, daß die Frage der Umsatzsteuererhöhung bei dem Versuch, den Reichshaushalt auszugleichen, behandelt worden ist. Die Frage befinde sich jedoch vorläufig noch durchaus im Stadium der Erwägungen. Ob der Reichsfinanzminister eine derartige Erhöhung vorschlagen wird, ist, somit vorläufig noch durchaus ungewiß. Im übrigen wird betont, daß die Frage des Ausgleichs im Reichshaushalt noch keineswegs abgeschlossen sei.

Da sich jedoch auf der Ausgabeseite kaum beträchtliche Ersparnisse hereinbringen ließen, sei es durchaus wahrscheinlich, daß Steuererhöhungen zur Herbeiführung eines Ausgleichs im Reichshaushalt notwendig werden würden. In welchem Umfange dies der Fall sei, sei jedoch noch durchaus ungewiß und hänge unter anderem von den Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ab. Die buchmäßigen Mindereinnahmen im Reichshaushalt werden bekanntlich auf 500 Millionen geschätzt.

Die Not der Grenzmark.

Eine Kundgebung für den schwer bedrohten Osten.

Berlin, 5. Februar.

Eine eindrucksvolle Unterstreichung der in der kürzlich den Reichs- und Staatsbehörden überreichten Denkschrift geschilderten Notlage des deutschen Ostens bildete der von den Landeshauptleuten der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niedersachsen und Oberschlesien veranstaltete Presse-Empfang im „Rheingold".

Der Einladung der Landeshauptleute der gefährdeten Ostprovinzen hatten die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der Parlamente in großer Anzahl Folge geleistet; u. a. waren erschienen der preußische Innenminister Grzesinski, die Staatssekretäre Krüger, Schaefer und Gutbrod, Reichstagspräsident Löbe und Landtagspräsident Bartels. Ferner bemerkte man die Oberpräsidenten und Landeshauptleute sowie zahlreiche Landräte und Bürgermeister der gefährdeten Landesteile.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, von Winterfeldt-Menkin, daß es ein Gebot der Stunde, ein Gebot des deutschen Schicksals sei, dem deutschen Osten zu helfen, wenn er vor dem Untergang bewahrt werden sollte. Hierauf entrollte der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. Caspary, ein erschütterndes Bild von der Notlage der Ostmark und zeigte die Mittel und Wege auf, die zur Erhaltung des deutschen Ostens unbedingt erforderlich seien. Der Redner betonte, daß es die Pflicht der Landeshauptleute gewesen sei, in der Ostdenkschrift die Wahrheit auszusprechen,

daß die widernatürliche Grenzziehung die tiefste Ursache der Ostnot sei.

Der verlorene Krieg habe dem deutschen Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebietsteile, einst Deutschlands Kornkammern, seien aus dem Bestande des Reiches herausgerissen, und brutale Willkür habe Ostpreußen vom Mutterlande getrennt.

Die Folgen dieser Verluste an Gut und Blut hätten die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen so schwer erschüttert, daß heute alles darauf ankomme, die Gefahr einer Zertrümmerung des nationalen Besitzstandes im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren.

Alle Bevölkerungskreise in Stadt und Land seien sich darüber einig, daß die schwerste Not des Ostens mit einem Schlage enden würde, wenn das Unrecht der Grenzziehung im Osten wieder gutgemacht würde. Der Osten spreche die Erwartung aus, daß die Reichsregierung, die preußische Staatsregierung, die Abgeordneten des Reiches und Preußens, darüber hinaus die gesamte deutsche Oeffentlichkeit zu der gemeinsamen Ueberzeugung und dem gemeinsamen Willen kommen, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Erholung der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleiste.

Reichsregierung und Reichsbank.

Die Begründung zum Aenderungsgesetz.

Berlin, 5. Februar.

Im Hinblick auf die Entschließungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die Begründung der Reichsregierung beachtenswert, in der Stellung genommen wird zur Ernennung des Reichsbankpräsidenten und des Generalrates.

In dieser Begründung heißt es u. a.: Die Neufassung war erforderlich einmal infolge des im Neuen Plan vorgesehenen Wegfalls der ausländischen Mitglieder des Generalrats sowie, um der Reichsregierung die ihr im allgemeinen Reichsinteresse zukommende Einflußnahme bei der Bestellung der Leitung der Bank ausreichender als bisher sicherzustellen.

Hierbei war an dem bisherigen Grundsatz der Unabhängigkeit der Leitung der Bank festgehalten,

zumal nach Wegfall der Schutzbestimmungen des Dawesplanes die wichtigste Garantie für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in der Reichsbankleitung selbst liegt.

Die Wahl des Präsidenten

durch den Generalrat war daher beizubehalten, wobei dem Reichsbankdirektorium entsprechend seiner kollegialen Verfassung das Recht, vorher gehört zu werden, neu zugestanden worden ist. Ebenso erfolgt auch weiterhin die Ernennung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums nach Zustimmung des Generalrats durch den Präsidenten.

Bei voller Wahrung des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Reichsbank erschien es jedoch angebracht, das bisherige beschränkte Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten bei der Ernennung des Reichsbankpräsidenten in ein echtes Bestätigungsrecht umzuwandeln. Ebenso ist die Bestellung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums sofort von der Bestätigung durch den Reichspräsidenten abhängig gemacht worden. Auf denselben Erwägungen beruht der Zusatz, wonach die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten bedarf.

Während die schon bisher für eine Zuwahl oder Ergänzung des Reichsbankdirektoriums durch Wahl eines neuen Kandidaten erforderliche Zustimmung des Reichsbankdirektoriums auf Grund eines einfachen Mehrheitsbeschlusses erteilt oder versagt werden konnte, soll jetzt die Zustimmung nur dann als versagt gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder gegen den zu Wählenden gestimmt haben. Diese Abweichung von der für die Beschlußfassung des Reichsbankdirektoriums allgemein geltenden Abstimmungsmethode erscheint angesichts des Umstandes vertretbar, daß vorher

hl geeinigt haben
ntscheidung in der

ühlungnahme des
s Stellvertreters
eneralrat für die
er vorgesehen ist,
eit zur Stellung-
che über die Stel-

gsamnestie.

trümmung.
n, 5. Februar.
über die Haager
h das Abkommen
in diesem Abkom-
rung mit Rücksicht
e Regierung den
raffreiheit wegen
menhang mit der
gen worden sind,
erordnungen der
Militärbehörden
ste geleistet oder

ndung dieser Be-
trimmung solche Handlungen, die ein Verbrechen mit Todeserfolg darstellen. Die deutsche Regierung wird verhindern, daß rechtswidrige Vergeltungsmaßnahmen wegen der bezeichneten Handlungen ergriffen werden.

Mit Rücksicht auf diese von der deutschen Regierung durchzuführende Amnestie gewähren die französische und belgische Regierung allen deutschen Staatsangehörigen völlige Straffreiheit für alle Strafsaten, die in dem besetzten Gebiet seit dem Beginn der Besetzung bis zum 20. Januar 1930 begangen worden sind mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechts.

Die deutschen Staatsangehörigen, die in Gefängnissen des besetzten Gebietes in Haft waren, und von den Mili-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300206-18/fragment/page=0005